

# Stimmen der Weltpresse

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **33 (1953-1954)**

Heft 12

PDF erstellt am: **22.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## STIMMEN DER WELTPRESSE

Die gutunterrichtete Zeitschrift *Herder-Korrespondenz* (Freiburg i. Br.) enthält in ihrer Februarnummer eine Chronik der *polnischen Kirchenverfolgung*. «Nach Meldung des Warschauer Rundfunks haben die Bischöfe und Kapitularvikare Polens und der polnisch verwalteten deutschen Ostgebiete am 17. Dezember 1953 vor dem Vorsitzenden des Ministerrates Cyrankiewicz den Treueid abgelegt, der durch §§ 9 und 10 der Durchführungsverordnung zur Verordnung über die Besetzung kirchlicher Ämter vorgeschrieben ist . . . *Osservatore Romano* nahm am 20. Dezember zu dieser Eidesleistung Stellung. Das Blatt schreibt, die Verhältnisse in Polen seien genügend bekannt, um zu wissen, daß dieser Akt der Bischöfe nicht frei, sondern das Ergebnis lange währender Gewalttat gegenüber der Kirche, vielleicht sogar erpreßt sei. Er solle nur dazu dienen, den Schein der Legalität zu wahren, weil die Regierung das offene Gesicht der Brutalität fürchte. ‚Ein Eid unter solchen Bedingungen dürfte objektiv nichtig sein. Die Regierung weiß das sehr gut, aber für die Unterdrücker von Warschau zählt das alles nicht. Sie werden ihn für gültig halten und sich seiner als pseudo-legaler Waffe zu weiteren Gewalttaten bedienen‘.»

In seinem Artikel *Pater Pierre und der Wohlfahrtsstaat* (*Rheinischer Merkur* Nr. 7) schreibt *Léon Marais* Worte, die sich alle Verfechter eines Wohlfahrtsstaates merken sollten: «Der Pater Pierre ist der Gegenpol des heutigen französischen Staates, dieses von den Linken zum *Wohlfahrtsstaat* gemachten Gemeinwesens, das niemals die Mittel dazu besaß, ein wahrer Wohlfahrtsstaat zu sein; des Staates, der trotz der ungeheuren Geldsummen, die er seinen Schutzbefohlenen abnimmt, ihnen kein Dach geben, der sie trotz der unbeschränkten Vollmachten in finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Dingen weder vor dem Wucher der überhöhten Preise und Gewinnspannen schützen noch ihnen menschenwürdige Einnahmen verschaffen kann. Dieser Staat, der alles, aber auch alles in der Hand hat, um für die Wohlfahrt seiner Bürger zu sorgen, und den die Kompliziertheit seiner altmodischen Maschinerie wie die politische Labilität der herrschenden Parteien unfähig macht, seinen Aufgaben nachzukommen. Der Kreuzzug des Paters Pierre ist nicht nur die Auflehnung des wirklich sozialen Franzosen gegen den unsozialen Wohlfahrtsstaat, sondern für unendlich viele Franzosen der Beweis dafür, daß ‚das Volk noch etwas in den Knochen hat‘, daß die menschliche, die *individuelle Initiative*, nicht im Aktenstaub, in der geduldigen Ergebung vor der allmächtigen und gleichzeitig handlungsunfähigen Staatsmaschine verlorengegangen ist.»

Dem Artikel *Erik im Wunderland* in der von *Trygve J. B. Hoff* herausgegebenen, ausgezeichneten norwegischen Zeitschrift *Farmand* (Nr. 38/1953) konnte man Angaben von bleibender Bedeutung entnehmen: Die norwegische nationalökonomische Vereinigung (Association of Economists) eröffnete ihr Winterprogramm mit einer Aussprache über den norwegischen «Plan auf lange Sicht» (Long-Term-Plan). Der norwegische Handelsminister Erik Brofoss hielt das einleitende Referat. Der Berichterstatter äußerte sich, daß ihm diese ministerielle Vorlesung im Vergleich zur Aussprache über Wirtschaftsfragen, welcher er anläßlich des fünften Jahreskongresses der *Mont Pélerin-Gesellschaft* beiwohnte, reichlich unrealistisch erschien.

Der eine Grund zur Skepsis lag in der Art des vorgebrachten statistischen Materials. Die Urheber des «Long-Term-Planes» waren offensichtlich der Meinung, der Plan sei realistisch, weil er mit Zahlen so reich befrachtet war. Zahlen lassen sich aber wie die Heilige Schrift in verschiedener Weise auslegen und sind vor allem nie identisch mit Tatsachen. Wenn das statistische Material aber

erst noch früheren Budgets entstammt, so mußte es doppelt verdächtig erscheinen. So war z. B. der wichtige Faktor der Spartätigkeit nicht einkalkuliert, sondern trat lediglich rechnerisch in Erscheinung als Differenz zwischen Volkseinkommen und Konsum. Auch der Umfang dieses Volkseinkommens ist das Resultat höchst willkürlicher Überlegungen. Ein Beispiel: Laut Budget kommt das Salär für neu eingestellte Preiskontrolleure einer Erhöhung des Nationaleinkommens gleich, während andererseits der von den norwegischen Hausfrauen beigesteuerte Betrag überhaupt nicht als Einkommen betrachtet wird. Aber selbst wenn die Verfasser des «Long-Term-Planes» sich auf einwandfreies Zahlenmaterial stützen könnten, wären sie noch nicht berechtigt, Voraussagen zu machen. Statistiken sind immer nur von historischem Interesse und kaum geeignet, die Zukunft vorauszubestimmen.

Humpty Dumpty sagte zu Alice im Wunderland: «Wenn ich ein Wort brauche, dann bedeutet es immer genau das, was ich will — nicht mehr und nicht weniger.» Gerade so halten es die norwegischen Planer mit der Statistik, die sie benützen. Aber dann müssen sie auch die gleiche Antwort geben wie Humpty Dumpty, als Alice ihrem Erstaunen über ein derartiges Umspringen mit Worten Ausdruck gab: «Es kommt nur darauf an, wer Meister wird.»

Der vom Handelsminister und seinen Mitarbeitern angebrachte Vorbehalt, wonach sie auch andere Möglichkeiten in Betracht zögen, tönte zwar realistisch, ändert aber nichts an der Tatsache, daß sie im Wunderland leben. Denn das heißt doch eigentlich nicht mehr als dies: «Wenn alles gut geht, werden wir Konsum und Investitionen steigern, wenn nicht, so sinken sie eben.» Niemand wird dies bestreiten; aber es ist unnötig, Hunderte von Seiten und Tausende von Worten daran zu verwenden. Sowohl Betriebe als Einzelpersonen werden es dann schon von selbst herausfinden. Man wird mehr oder weniger konsumieren und sparen, je nachdem es die Mittel und die Umstände erlauben. Es wird auch keinesfalls mehr Fehlinvestitionen geben als mit Hilfe der Planer, die ja für ihre falschen Prophezeiungen hinreichend bekannt sind.

Obwohl die Regierung den Wunsch nach einer Erhöhung des Lebensstandards aussprach, tut sie nichts, um die hiefür nötigen Bedingungen zu schaffen.

Niemand hat ein größeres Interesse am Welthandel als das Seefahrervolk der Norweger. Trotzdem setzt sich die Regierung nicht für die Liberalisierung des internationalen Handels ein. Sogar auf dem Inlandmarkt, wo sie ihren direkten Einfluß geltend machen kann, verfolgt sie eine völlig entgegengesetzte Politik. In Norwegen gibt es mehr Vorschriften und Einschränkungen der individuellen Freiheit als in irgend einem anderen Lande mit vergleichbaren Verhältnissen.

Minister Brofoss sagte voraus, daß Kapitalanreicherung in Norwegen zur Nachfrage nach Sommer-Landhäusern und Automobilen führen werde. Diese tief-sinnige Feststellung tönte zweifellos realistisch, aber gerade ihre unwiderlegbaren Folgerungen gehören einer Traumwelt an, besonders da die Regierung keinen Finger rührt, um den Leuten die Automobile und Landhäuser zu verschaffen. Im Gegenteil: Der Bau von Landhäusern bedeutet eine strafbare Handlung, und die Einfuhr von Automobilen ist verboten. Wer gutgläubig Autos von Ausländern erworben hat, wird nicht nur mit Bußen und Beschlagnahme bedroht, sondern in der Linkspresse persönlich angegriffen.

Zur großen Freude der Opposition machte die Regierung die Entdeckung, daß die Freiheit, so begehrte Dinge wie Landhäuser, Autos und arbeitssparende Küchenmaschinen zu kaufen, als Anreiz zu vermehrter Produktion zu werten sei; aber es ist doch unsinnig, solche Grundsätze zu verkünden, wenn man gleichzeitig den Handel mit diesen Artikeln verbietet.

Wie sollen überhaupt die Devisen für solche Importe beschafft werden? Dies ist doch wohl ein schwieriges Problem. Natürlich! Und als Antwort darauf schieben die Planer alle Schuld der Dollarknappheit zu. Aber eine solche gibt es ja gar nicht. Es gibt kein Dollarproblem, sondern nur ein Sterling- und ein

Kronenproblem. Alle Redensarten über das Dollarproblem und die «strukturellen Verschiebungen» sind nichts als Ausflüchte für eine schlechte Finanzpolitik. Würde man diese Politik ändern und angemessene Wechselkurse zulassen, so gäbe es auch kein Kronenproblem. — Der beste Weg zur Konvertibilität ist deren Zulassung. Zweifellos führt dies in Ländern wie England, die große Auslandsschulden haben, zu kritischen Situationen. Die Konvertibilität muß vielleicht schrittweise eingeführt werden, etwa indem man zunächst zwischen Kapitaltransfer und laufenden Eingängen an fremden Währungen unterscheidet. Es ist auch unbestreitbar, daß die norwegische Krone in ständiger Gefahr sein wird, solange die Regierung die Politik des niedrigen Zinsfußes fortsetzt. Es braucht bestimmt nicht viel Vorstellungskraft und kaufmännischen Scharfsinn, um einzusehen, daß es einträglicher ist, dänische mündelsichere Papiere zu kaufen, die den doppelten Zins der norwegischen abwerfen.

Minister Brofoss äußerte ganz besonders anerkennende Worte über die Hausfrauen, die so streng zu arbeiten hätten. Er sagte auch, es seien Amerikanisierungstendenzen festzustellen, indem die Leute in kleineren Wohnungen lebten und weniger Hausangestellte hielten. Da kann man ihm allerdings nur zustimmen: Die Norweger essen ja immer mehr Konserven oder gehen ins Restaurant. — Aber das wohlwollende Verständnis der Regierung für die Sorgen der Hausfrau ist bloße Heuchelei, solange man keine Abhilfe schaffen will. Die Einfuhr von Küchenmaschinen wurde gesperrt, und Norwegen ist noch immer ein Land ohne Milchmänner. Das Fehlen der Milchmänner scheint ein kleines Übel zu sein, aber es wird zum schweren Joch für die Hausfrauen, die nicht nur Kolonialwaren, sondern auch die Milch und alle anderen Lebensmittel selbst schleppen müssen.

Solange eine derartige Diskrepanz zwischen den glänzenden Versprechungen des «Long-Term-Planes» und den Taten der Regierung besteht, bleibt wohl nichts anderes übrig, als diesen Plan in das Land der Träume zu verweisen.

Berichte aus London, Rom und Bukarest orientieren ausführlich über die kommunistische *Wühlarbeit in den westeuropäischen Gewerkschaften*<sup>1)</sup>.

In England hatten die Kommunisten in letzter Zeit einen katastrophalen Mitgliederschwund zu verzeichnen. Als ernstzunehmende politische Kraft hat die kommunistische Partei Englands ausgespielt, aber sie verfügt noch über zahlreiche andere wirksame Mittel, um ihren Einfluß auszuweiten. So führten die Kommunisten z. B. 1953 eine große Kampagne, um die Labour Party zu infizieren, eine Politik, die sich sehr bewährt hatte. Ihre größte Aktivität aber entfalten die Kommunisten in den Gewerkschaften, in denen Kommunisten und Labour-Mitglieder bei Streiks, Aussperrungen, Lohnkämpfen usw. in engstem Einvernehmen arbeiten. Die Aktivität des britischen Kommunismus über der politischen Wasseroberfläche bedeutet nichts im Vergleich zu dem geschäftlichen Getriebe darunter. Früher erhielten die Kommunisten ihre Direktiven über die Kominform, heute aber über den Weltgewerkschaftsbund. Die Erfolge der Kommunisten beruhen darauf, daß sie sich in erster Linie als eifrige Gewerkschafter und erst in zweiter Linie als Kommunisten ausgeben. Demgegenüber betont Generalsekretär Arthur Deakin, der mächtigste Einzelgegner des Kommunismus innerhalb der Gewerkschaftsbewegung, immer wieder: «Jeder Kommunist ist in erster Linie Kommu-

<sup>1)</sup> «The Spectator», London, 6. Nov. 1953; Originaltitel «The Wreckers». — Michel Vandiel, «Die Zeitungen der Betriebszellen der französischen kommunistischen Partei im Kampf für die dringenden Forderungen der Werktätigen», aus: «Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie», Bukarest, 9.—15. Okt. 1953. — «L'Unità», Rom, 15. Nov. 1953; Originaltitel «I lavoratori italiani non possono attendere». — Pietro Secchia, «Schaffung und Erziehung des Parteiaktives in der italienischen kommunistischen Partei», aus: «Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie», Bukarest, 27. Nov.—3. Dez. 1953.

nist und erst in zweiter Linie Gewerkschafter.» Die Wühlarbeit der Kommunisten wirft die Frage auf, wie mit jenen Feinden der Demokratie zu verfahren ist, die sich angeblich im materiellen Interesse der Arbeiterschaft der demokratischen Einrichtungen bedienen, um den demokratischen Staat zu erschüttern. Ein Eingreifen der Regierung erscheint in dieser Phase weder angebracht noch möglich, weil dadurch nur Märtyrer geschaffen und irgendwelche Maßnahmen auf den geschlossenen Widerstand der Gewerkschaftsbewegung stoßen würden. Die Kommunisten schlagen am meisten Kapital aus der Apathie der andern Gewerkschafter. Es ist nötig, daß noch mehr Gewerkschafter als bisher zur Besinnung gelangen und die Kommunisten aus allen Schlüsselstellungen hinausdrängen.

Ein Bericht über die Zeitungen der kommunistischen Betriebszellen in *Frankreich* betont die große Bedeutung aktiver Parteizellen, die in den ersten Reihen der Lohnkämpfe stehen. Die wichtigste Aufgabe der Zelle ist die regelmäßige Verbreitung von Flugblättern und Zellenzeitungen, durch welche die Zelle ständig den Kontakt mit den Werktätigen aufrecht erhält. Die Zeitung ist nach Lenin nicht nur ein kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator, sondern auch ein kollektiver Organisator. Die aktive Tätigkeit der Parteizellen und die von ihren Zeitungen betriebene Aufklärungsarbeit spielen eine entscheidende Rolle bei der Festigung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Der Inhalt der Zeitungen der Ortsgruppen ist zu allgemein gehalten; viel wirkungsvoller sind die Zeitungen der Betriebszellen, welche den Verlauf des Kampfes in den Betrieben konkret beleuchten. Die Zunahme der Zellenzeitungen während des Augustkampfes 1953 hat gezeigt, daß es in der kommunistischen Partei Frankreichs Tausende und aber Tausende Arbeiterredakteure gibt, und daß die mit der Herausgabe einer Zeitung verbundenen materiellen Fragen immer gelöst werden können, wenn die Grundorganisationen der Partei von der Wichtigkeit der ihnen gestellten Aufgabe überzeugt sind. Die leitenden Organe der kommunistischen Departementsorganisationen müssen für Tausende von Zellenzeitungen die politische Hilfe organisieren und den Redakteuren tatkräftig helfen.

Die Mitgliederzahl der kommunistischen Partei *Italiens* erreichte im letzten Herbst 2 120 208, zu denen noch 437 240 Mitglieder der kommunistischen Jugend zu zählen sind. Die Anzahl der Aktivisten hat sich vergrößert, und die Qualifikation der Kader ist jetzt höher. Seit 1945 wurde die Parteiorganisation durch Dezentralisation ausgebaut und vertieft. Sie zählt heute 97 Provinzialorganisationen, 283 zonale Komitees, 9993 Ortsgruppen der Partei sowie 52 481 Wohngebiets- und Betriebszellen. Die Zellen von höchstens 70 Mitgliedern sind wieder in Zehnergruppen unterteilt, mit einem Gruppenleiter an der Spitze. Auch die Zellenbildung unter den Industriearbeiterinnen wird in Italien sehr aktiviert. Die Anzahl der leitenden Kader der italienischen kommunistischen Partei überschreitet heute 400 000 Personen. Das Bemühen der Partei geht dahin, die Tätigkeit der Mitglieder so zu organisieren, daß sie den größten Teil ihrer Zeit der Arbeit außerhalb der Partei widmen, nämlich in den Massenorganisationen, unter den parteilosen Werktätigen oder den Werktätigen, welche in andern Parteien organisiert sind. Für das Kader und alle Aktivisten ergibt sich die Aufgabe, die Verbindung mit den Arbeitern und den örtlichen Leitern der andern Gewerkschaftsgruppen, sowie mit der Masse der nicht organisierten Arbeiter immer enger zu gestalten und für eine lebhaftere, aktive Agitation zu sorgen. Durch Bildung einer geschlossenen Front aller Arbeiter und sonstigen Werktätigen und durch verstärkten Kampfegeist sollen die Lohnforderungen durchgesetzt werden. Die kommunistische Partei hat das Ziel, die Mehrheit der Werktätigen für die Partei zu gewinnen, die Einheit der Arbeiterklasse zu festigen und die Bündnisse der Partei mit andern Organisationen zu verankern und zu erweitern. Zur Aktivierung der Parteikader wurde die Anzahl der zentralen und örtlichen Parteischulen beträchtlich erhöht und die Lektionen der zentralen Kadernschule der Partei in zehntausenden Exem-

plaren verbreitet. Als entscheidenden Faktor für die Festigung der Einheit der Arbeiterklasse und der Volksmassen erachtet die Partei die aktive, unablässige und demokratische Tätigkeit der Gewerkschaften, der Genossenschaften, der Ligen und anderer Organisationen der Werktätigen.

Unter den zahlreichen Organisationen, Institutionen und Komitees der deutschen Ostzone, deren politischer Charakter ebenso bekannt ist wie deren unmittelbare Abhängigkeit von den Direktiven der SED oder des Regierungsapparates, ist das *Deutsche Institut für Zeitgeschichte* verhältnismäßig unbeachtet geblieben. Über Aufgaben, Aufbau und Wirksamkeit dieses Instituts gibt ein Bericht des *SBZ-Archivs* (Köln, Nr. 21/1953) erschöpfend Auskunft. Dem 1946 geschaffenen Institut wurde die Aufgabe gestellt, Quellenmaterial über alle Gebiete des öffentlichen Lebens, besonders der Politik, Wirtschaft und Kultur Deutschlands sowie seiner Beziehungen zum Auslande, zu sammeln, zu sichten, zu erschließen und zu bearbeiten. Seither hat sich das Institut besonders auf das Problem Westdeutschland spezialisiert und stellt den Westabteilungen der sowjetzonalen Parteien und Massenorganisationen das notwendige Material für ihre Arbeit zur Verfügung. Des weiteren sucht es die Geisteshaltung der westdeutschen Bevölkerung durch verschiedenartige Publikationen zu beeinflussen. In den Mittelpunkt der Arbeit des Instituts rückten daher die Beobachtung der Bundesrepublik und ihrer Beziehungen zum Ausland. Der Leiter des Instituts, Prof. Dr. Karl Bittel, ist zugleich Chefredaktor der vom Institut herausgegebenen Halbmonatsschrift «Dokumentation der Zeit». Als Leiter des «Verbandes der Deutschen Presse» ist er auch maßgeblich am Aufbau des «Instituts für Publizistik» in Leipzig beteiligt. Die «Dokumentation der Zeit» erscheint seit 1953 in einer Auflage von rund 10 000 Stück, von der ein erheblicher Teil zur Information der kommunistischen Tarnorganisation in die Bundesrepublik geht. Der «Informationsdienst» des Instituts stellt aus den Zeitungen die wichtigsten Nachrichten und Kommentare zusammen und verbreitet sie streng vertraulich an einen kleinen Empfängerkreis. Das Institut empfahl auch die Veröffentlichung der umstrittenen Synchronoptischen Weltgeschichte in der Sowjetzone (vgl. Besprechung Dezemberheft 1953, S. 558—561). Diese würde jedoch eine Überarbeitung nach rein kommunistischen Richtlinien erfordern. Das neue Geschichtsbild für die osteuropäischen Staaten darf keinen «westlichen» Einflüssen mehr unterliegen und muß daher die politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des Abendlandes leugnen, um der marxistisch-leninistischen Grundsatzentscheidung von der gesetzmäßigen Entwicklung zum Massenbewußtsein zu entsprechen. — Das «Deutsche Institut für Zeitgeschichte» verfügt auch über eine Reihe von Querverbindungen und Einflußmöglichkeiten zu anderen politischen und publizistischen Instituten und Organen. Hinter der scheinbar wissenschaftlichen Maske dieses Instituts verbirgt sich eine ganz eindeutige politisch bestimmte Tendenz. Sämtliche Arbeiten des Instituts bezwecken eine Beeinflussung der Meinungsbildung der Intellektuellen und dienen ausschließlich dem politischen Ziel der SED. Die scheinbar wissenschaftliche Arbeit hat nur den Sinn, die strategische Linie oder die jeweilige Taktik zu beweisen, zu rechtfertigen und in der Öffentlichkeit zu fundamentieren.